

Soziale Kurskorrekturen

Vorschläge der PDS/Marburger Linke zum Haushalt 2001

Seite 3

Verkehrswende im Schneckentempo

Verkehrsentwicklungsplan unter Beschuss von Möller & Co.

Seite 4

Universität und Prostitution

Straff geführte Uni soll SponsorInnen gefallen

Seite 7

Freiwillige Privatvorsorge?

Wer das Rintenniveau halten will, muss kräftig zuzahlen

Seite 10

Haushalt auf Sparflamme

PDS/ML macht ihr Abstimmungsverhalten von sozialen Nachbesserungen abhängig

Am 10. November legte der Kämmerer Dietrich Möller den Entwurf des Haushalts 2001 vor, der Mitte Dezember verabschiedet werden soll. Einmal mehr wird der Mangel verwaltet, der durch die Berliner Steuerreform weiter verschärft wird. Kurz vor den Kommunalwahlen hat man aber auf allzu schmerzhaftem Einschnitt verzichtet.

Im Haushalt 2001 ist nur ein größerer Lichtblick auszumachen. Möller musste 12,8 Mio. DM für das neue Bad am Trojedamm bereitstellen, gegen das er anhaltend Widerstand geleistet hatte. Damit geht zumindest für die nächsten Jahre sein Lieblingsprojekt, der Marbach-Tunnel, baden.

Das Bad, dessen sozialpolitische Bedeutung als wichtiges Freizeitvergnügen für Familien aus sozial benachteiligten Familien die PDS/Marburger Linke immer betont hat, gewinnt damit Vorrang vor einem bornierten Autofahrertraum.

Der Entwurf hält im Wesentlichen an dem in Marburg erreichten sozialpolitischen Standard fest, schreibt ihn aber nicht fort. Dieser Status quo ist nicht selbstverständlich, da dieser Bereich, soweit er die sogenannten freiwilligen Leistungen umfasst, immer wieder Angriffen, vor allem seitens der CDU, ausgesetzt ist.

Viel mehr Positives lässt sich über den Haushaltsentwurf nicht sagen. Der Einzelplan „Soziale Sicherung“ ist der Bereich, in dem die Festschreibung von Summen zum wiederholten mal eine Kürzung bedeutet, da er – mit Ausnahme bei den größeren Gemeinwesenträgern – keinen Ausgleich für Inflation- und Gehaltserhöhungen enthält.

Zahlreiche berechnete Forderungen von Trägern und Vereinen finden keine Berücksichtigung. Manche trauen sich angesichts der penetranten Sparappelle bzw. der zunehmenden parteipolitischen Verfilzung der Sozialszene kaum noch, ihre Forderungen zu formulieren. Neue Initia-

tiven wie die Marburger Tafel für Bedürftige, für die immerhin der ehemalige SPD-MdL Schnabel steht, finden in einem solchen Rotstift-Ambiente keine Berücksichtigung.

Die Fraktion der PDS/Marburger Linke hat nicht nur für den sozialen Bereich (besonders was Erhalt und Ausbau von Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche angeht) Verbesserungsvorschläge unterbreitet, sondern auch in der Verkehrspolitik. Sie fordert zudem Einsparungen beim Straßenbau und der Wirtschaftsförderung sowie eine bescheidene Erhöhung der Ge-

werbsteuer. (Siehe Übersicht S. 3)

Das Abstimmungsverhalten zum Gesamthaushalt wird die PDS/Marburger Linke davon abhängig machen, ob er qualitative Nachbesserung in sozialen, ökologischen sowie kinder- und jugendpolitischen Bereichen enthält, d.h. ob auch ihre Vorschläge berücksichtigt wurden.

Angesichts der von ihren ParteifreundInnen in Berlin betriebenen Verarmung der Kommunen dürfte der Spielraum der Marburger Koalition so gering sein, dass der Haushalt 2001 bestenfalls eine Enthaltung verdient.

Henning Köster



Künftige Stadtverordnete? (von links): Eva Gottschaldt, Pit Metz, Anke Richter, Alexandra Smith, Pia Maier, Nico Biver, Astrid Kolter, Henning Köster

Linksfraktion will expandieren

PDS/Marburger Linke mit KandidatInnenliste und neuem Programm

Im Grundsätzlichen waren sich die 25 Aktiven der PDS/Marburger Linke auf ihrer Wahlversammlung Ende Oktober einig. Nach etwa dreißig Abänderungen in Detailfragen und drei Stunden Diskussion wurde das 40-seitige Programm zu den Kommunalwahlen 2001 einstimmig angenommen und anschließend die KandidatInnenliste gewählt.

Im Mittelpunkt des Programms stehen Forderungen zur Stadtentwicklungspolitik, zur Verkehrs- sowie zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Erfahrungen der vierköpfigen Fraktion im Stadtparlament sowie viele Gespräche mit BürgerInnen und Initiativen haben dazu geführt, dass das Programm an einigen Punkten wesentlich konkreter geworden ist und einige weiße Flecken ausgemerzt werden konnten.

Fortsetzung Seite 2

Vorwahlfieber

Im Nachhinein kann man froh sein, dass die Privatisierung der Stadtwerke noch vor den Kommunalwahlen durchgeziegelt wurde. Der Druck von ÖTV, Personalrat und PDS/ML hätte allein nicht gereicht, den Bestandsschutz für die Beschäftigten durchzusetzen. Obwohl der kommunale Arbeitgeberverband „haarsträubende Rege- lungsinhalte“ ausmachte, fand die Personalvereinbarung im Parlament selbst bei MarktfanatikerInnen Zustimmung: Hier galt es Streiks und Stimmenverluste abzuwenden.

Ähnlich großzügig gab sich die Parlamentsmehrheit beim Verkauf der städtischen Wohnungen an die stadteigene GeWoBau. Weitreichende Garantien sollen verhindern, dass unter den MieterInnen schlechte Stimmung aufkommt.

Die Verlagerung von 17 Mio. DM Schulden von der Stadt an die GeWoBau erlaubt den Verzicht auf allzu große Grausamkeiten beim Haushalt 2001. Die tiefen Einschnitte sind nur vertagt, denn die „Steuerreform“ kostet Marburg allein 2001 mehr als 13 Mio. DM.

In Wahlzeiten halten manche PolitikerInnen die WählerInnen für blöder als sich selber. So z.B. die Marburger Bürgerliste, die fordert, an den vier Samstagen vor Weihnachten keine Parkgebühren zu nehmen, um den Einzelhandel zu unterstützen. Da diese Tage aber die Parkhäuser ausgelastet sind, wäre ein Verkehrschaos die Folge.

Selbst die besonnenen Bürger für Marburg (BfM) zeigen Symptome von Vorwahlfieber. Obwohl zwei Gutachten einer Westumgehungs keine Verkehrsbelastung bescheinigen, setzen sie noch eins drauf und fordern zusätzlich den Marbachtunnel. Damit begeben sie sich in schlechte Gesellschaft. Die CDU will sich ihren Wahlkampf nicht durch Tatsachen versauen lassen. Sie bleibt beim Tunnel obwohl er Marbach mehr Verkehr bringt. Die Wissenschaftler, die die „falschen“ Ergebnisse lieferten, müssen sich nur ein paar Frechheiten von OB Möller gefallen lassen. Früher wären sie auf dem Scheiterhaufen gelandet.

Nico Biver

wann & wo

Kapital, Crash, Krise Kein Ausweg in Sicht?

mit **Sahra Wagenknecht**

(PDS-Bundesvorstand, KPF)

Veranstalter, PDS-Hochschulgruppe, DKP

Di., 5. Dez., 19.00 Hörsaalgebäude

Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: Wahlkampf vorbereitungen

Do., 7. Dezember, 20.00, PDS-Büro

Forum kritischer GewerkschafterInnen

Do., 7. Dezember, 20.00, DGB-Haus

Palästina: Neue Intifada

Öffentliche PDS-Versammlung zu den Hinter-

gründen des palästinensischen Aufstandes

Referent: Harry Grünberg, außenpolitischer

Mitarbeiter der PDS-Fraktion

Di., 12. Dezember, 19.30, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: Wahlkampf vorbereitungen

Do., 14. Dezember, 20.00, PDS-Büro

AG Kreistagswahlen der PDS

Do., 14. Dezember, 20.00, PDS-Büro

Weihnachtsfeier der PDS

Fr., 22. Dezember, 20.00, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: Wahlkampf vorbereitungen

Do., 4. Januar, 20.00, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke

Do., 11. Januar, 20.00, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 16. Januar, 19.30, PDS-Büro

KommunistInnen in der PDS?

Veranstaltung der DKP mit Ellen Brombacher,

Kommunistische Plattform der PDS)

Fr., 18. Jan., 20.00, Marburger

Forum, Schwanallee 27-31

Regelmäßige Termine:

Treffen der PDS-Hochschulgruppe

Jeweils am Montag, 20.00, PDS-Büro

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str.

78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver

(verantwortlich)

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage

Redaktionsschluss: 29. November 2000

Übernutzung der Lahn?

Wasserkraftwerk am Afföller-Wehr stößt auf Kritik

Ein Wasserkraftwerk soll 300 Marburger Vierpersonen-Haushalte mit Energie versorgen. Tatsächlich gibt es genügend Kundinnen und Kunden, die bereit sind, den erhöhten Preis für Ökostrom zu bezahlen. Insofern ist die Sache sogar marktwirtschaftlich in Ordnung:

Der Marburger Fischerei-Verein trägt folgende Bedenken vor: Wenn Fische in die Turbine geraten, werden sie gehäckselt. Eine feinmaschige Siebwand könnte sie davor schützen, in die Turbine zu geraten, verstopft aber schnell. Geeignet wäre dagegen ein sogenannter Roll-Rechen. Er ist teuer. Die bisherige Preiskalkulation für den Öko-Strom würde gesprengt.

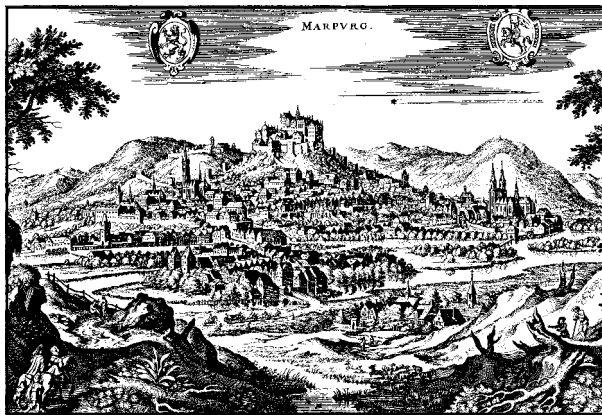
Die Fischer machen auf eine zweite Klemme aufmerksam: Wird die Lahn für das Kraftwerk am Afföller-

Wehr genutzt, könnte der Wasserstand in den Mühlgräben gesenkt werden. Auch dadurch würden Fische und Flora geschädigt. Der Betreiber der Elisabeth-Mühle, welche ebenfalls Strom produziert, besteht darauf, dass die Stadt ihm eine bestimmte Wassermenge garantiert hat. Für das Afföller-Wehr bliebe dann oft nicht genug übrig.

Hier stoßen wir auf ein Problem, das nicht leicht zu lösen ist, denn es resultiert aus einer über hundertjährigen Fehlentwicklung. Wenn Sie sich einmal den schönen Merian-Stich aus dem Jahr 1637 ansehen, merken Sie, dass fast das ganze Lahntal unter Wasser steht. Es gibt da den Hauptarm des Flusses mit Gräben, und an beiden wurden damals viele Mühlen betrieben.

Seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts, besonders aber im zwanzigsten, wurde das Lahnwasser nur

noch wie ein Übel betrachtet, welches möglichst schnell aus der Stadt hinausschaffen sei. Der Fluss wurde kanalisiert. Jetzt ist er nur noch eine knappe Ressource,



Fortsetzung von Seite 1

Linksfraktion will expandieren

PDS/Marburger Linke mit KandidatInnenliste und neuem Programm

Die PDS/ML plädiert in ihrem neuen Programm dafür, die Zerstörung des Stadtbildes durch neue Center zu stoppen und die BürgerInnen stärker an Entscheidungen zu beteiligen.

Verkehrspolitisch unterstützt das linke Bündnis alle Initiativen, die den schwächsten Verkehrsteilnehmern auf Kosten des Pkw-Verkehrs den Vorrang einräumen. Dazu zählen ein massiver Ausbau des ÖPNV, ein Gutachten zur Machbarkeit einer regionalen Stadtbahn, Tempo 30 in der Innenstadt und die Ablehnung eines Marbachs-Tunnels, der für nutzlos gehalten wird.

Wirtschaftspolitisch setzt die PDS/ML auf die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und will dem Handwerk und Kleinbetrieben unter die Arme greifen. Der Einzelhandel in Oberstadt und Weidenhausen sowie Nachbarschaftsläden in den

Stadtteilen sollen auf Kosten der Großflächen gefördert werden.

Im sozialpolitischen Bereich wendet sich die PDS/ML gegen die Gängelung der Stadtteilprojekte, plädiert für eine bessere Information der Bedürftigen über die Sozialhilfe, will Anlaufstellen für Drogenabhängige und Obdachlose in der Innenstadt und macht Vorschläge für eine Integration von Spätaussiedlern.

Am Ende der Veranstaltung wurde die KandidatInnenliste gewählt. Bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurden insgesamt 34 Personen aufgestellt, darunter die bisherigen Stadtverordneten. Von den zehn Spitzenkandidaten sind drei jünger als 25 Jahre, die Hälfte Frauen und zwei AusländerInnen aus der Europäischen Union. Sechzehn KandidatInnen gehören nicht der PDS an. Fausto Coppi

offenbar zu wenig für eine ergiebige Mühlen-Nutzung bei gleichzeitigem Fischreichtum. Die paar Renaturierungen, welche jüngst vorgenommen wurden (z.B. vor Cappel), sind nicht viel mehr als Kosmetik.

Es wird sich wohl kaum jemand finden, der (oder die) das Erlingring-Center, die Phil-Fak und die Stadt-Autobahn wieder unter Wasser setzen will, indem die Dämme abgebaut werden und die Kanalisierung rückgängig gemacht wird. (Obwohl es in dem einen oder anderen Fall Gründe für einen solchen nassen Untergang geben mag.) Das Gedankenspiel kann aber zeigen, welche Anstrengungen – hessenweit, von der Lahnquelle bis zur Mündung – nötig wären, um die Interessen von Gewässerschutz, Fischerei und ökologischer Stromerzeugung in Übereinstimmung zu bringen.

Natürlich kann man es sich leicht machen, nämlich parteipolitisch. Der Oberbürgermeister hält sowieso nichts von dem Wasserkraftwerk. Die Stadträtin hingegen sieht überhaupt kein Problem, denn schließlich habe Rot-Grün die Sache beschlossen. Und die FDP lässt sich neben dem Fischerei-Verein am Afföller Wehr fotografieren, damit man sich endlich auch einmal wieder sieht.

So kann man ein real existierendes Problem kleinhäckseln wie die Aale in der Turbine. Im Unterschied zu diesen verschwindet es dabei aber nicht. Friederike Wurm

Es kandidieren

1. **Eva Chr. Gottschaldt** (47, selbst. Fremdsprachensekretärin, Fraktionsvorsitzende, parteilos)
2. **Henning Köster** (51, Lehrer, Stadtverordneter, PDS)
3. **Anke Richter** (22, Studentin, PDS)
4. **Dennis Egginger** (19, Zivi, PDS)
5. **Astrid Kolter** (18, Schülerin, Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlamentes, parteilos)
6. **Pit Metz** (47, Blista-Betriebsratsvorsitzender, parteilos)
7. **Alexandra Smith** (33, Fremdsprachensekretärin, PDS)
8. **Nico Biver** (45, Angestellter, Stadtverordneter, PDS)
9. **Pia Maier** (29, MdB, PDS)
10. **Bernd Hannemann** (50, Sozialarbeiter, parteilos)
11. Stefanie Götzte (PDS), 12. André Jocham (parteilos), 13. Ilse Amediek (parteilos), 14. Ludwig Luttrupp (PDS), 15. Gerlinde-Maria Roehm (PDS), 16. Heiner Walter (DKP), 17. Saara Pellander (parteilos), 18. Hartmut Lange (parteilos), 19. Werner Haack (PDS), 20. Wilfried Amediek (parteilos), 21. Michael Nolte (DKP), 22. Mike Carrie (PDS), 23. Stefan Schmalz (PDS), 24. Florian Anhut (DKP), 25. Patrick Bernhagen (PDS), 26. Andreas Fuhs (DKP), 27. Friedrich Seelbach (PDS), 28. Markus Hartmann (DKP), 29. Benjamin Weber (parteilos), 30. Guido Speckmann (DKP), 31. Manfred Ostler (PDS), 32. Michael Wickermann (PDS), 33. Ulrich Rupp (PDS), 34. Hanno Wolff-Könings (PDS).

Soziale Kurskorrekturen

Vorschläge der Fraktion der PDS/Marburger Linke zum Haushalt 2001

Bei ihren Vorschlägen zum Haushalt 2001 beschränkt sich die PDS/Marburger Linke auf wenige exemplarische Forderungen, die zusammen eine Million DM nicht überschreiten. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament und der finanziellen Austrocknung der Kommunen durch Berlin und Wiesbaden wären weitergehende Wünsche ziemlich chancenlos.

Mehrausgaben

Blista-Kinderkrippe

+ 100.000 DM

Angesichts des dürftigen Angebots in diesem für berufstätige Eltern wichtigen Bereich muss die Kinderkrippe der Blindenstudienanstalt unbedingt erhalten bleiben.

Zuschuss an Elternverein für das Betreuungsangebot an der Brüder-Grimm-Schule

+ 17.500 DM

Diese Summe ist notwendig um die Kürzung der Landesregierung auszugleichen.

Betreuungsangebot an der Friedrich-Ebert-Schule

+ 10.000 DM

Eltern-Kind-Verein

+ 60.000 DM

Als freier Träger im Kindergarten- und Kinderkrippenbereich sichert der Verein einen Angebotspluralismus gegenüber den städtischen und den kirchlichen Trägern. Zugleich ist sein Angebot unerlässlich für die Abrundung der Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kindergartenplatz. Dennoch wird der Eltern-Kind-Verein in der Finanzierung aber so knapp gehalten, dass er seine Mitarbeiterinnen untertariflich bezahlen muss. Diese Ungleichbehandlung muss durch eine entsprechende finanzielle Ausstattung ihr Ende finden. Dies umso mehr, da der Verein der wahrscheinliche Träger auch für die Sicherung der Blista-Kinderkrippe ist.

Freizeitangebot der Stadtjugendpflege im Haus der Jugend

+ 20.000 DM

Damit soll insbesondere die ständige Beschäftigung einer dritten Honorarkraft für eine weitere Gruppe gesichert werden, die angesichts wachsender Besuchszahlen insbesondere auch ausländischer und Auswandererjugendlicher unerlässlich erscheint.

Stadtbücherei: Bücher und Zeitschriften

+ 20.000 DM

Stadtbücherei: Grundstock eines DVD-Bestandes

+ 20.000 DM

In Zeiten eines Konsums zunehmend oberflächlicher Medien ist es wichtig, alternatives Medienverhalten insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Stadtbücherei unternimmt hierbei zunehmend erfolgreiche Anstrengungen.

Eine-Welt-Zentrum:

Mietzuschuss

+ 12.000 DM

Gerade wegen des zunehmenden Rassismus und wachsender Ignoranz gegenüber den existentiellen Problemen der Menschen in der sogenannten 3. Welt ist es nicht nachvollziehbar, dass trotz des Agenda-Prozes-

angenommen worden. Mit diesen Haushaltsmitteln könnte er umgesetzt werden.

Machbarkeitsstudie Stadtbahn

+ 50.000 DM

Auch hier war ein entsprechender Antrag der PDS/ML beschlossen worden. Die Machbarkeitsstudie soll in Zusammenarbeit mit dem Kreis sowie mit Gießen und Wetzlar erstellt werden.

Tempo-30-Zonen

+ 300.000 DM

Der Magistrat wurde vom Parlament damit beauftragt, die Einrichtung neuer Tempo-30-Zonen zu prüfen. Im nächsten Jahr könnte mit der



Ablehnen oder enthalten? Henning Köster, Nico Biver, Pia Maier, Eva Gottschaldt

ses die Initiatoren des Eine-Welt-Zentrums auch von Bürgermeister Vaupel mit Verweis auf die Haushaltslage mit wohlwollenden Kommentaren abgepeist werden.

Traumatherapie e.V.

+ 50.000 DM

Dieses Projekt dient der Unterstützung von Frauen, die in Kriegen traumatisiert wurden.

Bau von Rad- und Fußwegen

+ 100.000 DM

Bemerkenswert ist, dass für den Bau von Rad- und Fußwegen im Entwurf ganze 200.000 DM veranschlagt sind – 100.000 DM weniger als in 2000.

Konzept für eine erweiterte BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtplanung

+ 20.000 DM

Ein diesbezüglicher Antrag der PDS/ML war vom Stadtparlament

Umsetzung begonnen werden.

Schulwegesicherungsplan

+ 20.000 DM

Die Erstellung eines Schulwegesicherungsplans dient der Verbesserung der Sicherheit vor allem von Kindern im Straßenverkehr.

Erneuerung der Turnhalle der Friedrich-Ebert-Schule

+ 90.000 DM

Die im Haushalt vorgesehenen Schul- und Schulhofrenovierungen werden von der PDS/ML unterstützt – in scharfem Gegensatz zur CDU-Fraktion, die hier Sparwünsche angemeldet hat. Allerdings gilt es hier eventuelle Ungerechtigkeiten auszugleichen. So ist nicht einzusehen, warum die Fertigstellung der Erneuerung der Turnhalle der oft stiefmütterlich behandelten Friedrich-Ebert-Schule auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird.



Ausgabenkürzungen

Marburger Tourismus GmbH

-120.000 DM

Da laut eigenem Jahresbericht ihre Eigenerlöse um 237.000 DM gestiegen sind, ist nicht einzusehen, warum der Finanzierungszuschuss gleich hoch bleiben soll.

City-Management

-90.000 DM

Dieser Wirtschaftsförderungstopf aus Möllers Dezernat soll auf dem Niveau von 2000 bleiben.

Instandhaltung und dem Neubau von Straßen.

-100.000 DM

Dieser Anteil des auf 1,71 Mio. DM veranschlagten Postens soll zugunsten des Baus von Rad- und Fußwegen umgeschichtet werden.

Ausbau Rosenstraße

-35.000 DM

Die Stadtplanung sieht vor die bisherige Park- und Sackgasse Rosenstraße mit Blumen aufzumöbeln, die die Zufahrt zur Luxus-Altenresidenz verschönern sollen. Pikanterweise sollen dann die Erschließungsbeiträge von den AnwohnerInnen eingetrieben werden. Diese Grünsubventionierung wäre andersorts in dieser Stadt mit Sicherheit massenfreundlicher investiert.

Umbau Knoten B3a Erlenring

- 300.000 DM

Die Kosten für „Gehwegausbau und Deckenerneuerung Erlenring im Bereich ‚Feeser‘“ soll der Investor tragen.

Einnahmeverbesserung

Gewerbesteuer

+ 1 Mio. DM

Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist eine der wenigen Möglichkeiten, die die Stadt hat, unabhängig von Bund und Land ihre Einnahmen zu verbessern. Mit einer Steigung des Hebesatzes von 400 auf 410 Prozent bliebe Marburg unter dem Niveau von Gießen. Die von OB Möller in die Diskussion gebrachte Erhöhung der Grundsteuer B lehnen wir ab, weil sie auf die Mieter abgewälzt würde. Henning Köster

Entlastung ohne Tunnel

Solange Menschen Auto fahren, wird es nicht gelingen, die Ketzerbach und Marbach in eine ruhige Wohnstrasse umzuwandeln, es sei denn man würde sie sperren.

Eine substantielle Verkehrs-entlastung ist dennoch möglich: durch ein attraktiveres Angebot des ÖPNV – sowohl was Leistung als auch Preis angeht – und durch gleichzeitige Zurückstufung der Privilegien des Autoverkehrs.

Da der Berufsverkehr der Behringwerken und der Park-Such-Verkehr in der Ketzerbach jeweils ein Viertel des Verkehrsaufkommens ausmachen, ist es sinnvoll hier anzusetzen.

Die PDS/Marburger Linke schlägt deshalb vor:

■ Die Parkplätze in der Straßennitte entsprechend den Plänen der Ketzerbachgesellschaft von Anfang der 90er Jahre zu entfernen und dadurch viel Platz für FußgängerInnen zu schaffen.

■ Als Sofortmaßnahme den Durchgang vor der Stadtbibliothek zwischen den beiden Fahrtrichtungen zu sperren und damit das Park-Such-Karussell in der Ketzerbach zu unterbrechen.

■ Einrichtung einer Direktbuslinie vom Park-and-Ride-Parkplatz am Afföller mit Halt am Hauptbahnhof, den Behringwerken und dem Görzhäuser Hof, die in der Rush Hour für Beschäftigte der Behringwerke verkehren soll. Diese Linie soll mit finanzieller Unterstützung der Behringwerke kostenlos sein und auf dem Rückweg (bzw. Hinweg zu Arbeitende) Marbacher und Michelbacher transportieren. Alternativ dazu könnten die Beschäftigten ein Jobticket erhalten. Die Behringwerke reduzieren ihre Parkplätze und reservieren sie für Beschäftigte, die auf den Pkw angewiesen sind. Damit gewinnen sie neues Bauland zur Erweiterung ihrer Betriebe.

PDS Marburger Linke

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Stadtverordneten im Parlament vertreten: **Eva Chr. Gottschaldt**, Fraktionsvorsitzende, Sozialpolitik, Tel. 961961, Fax 961960

Henning Köster, Stadtentwicklung, Kinder- und Jugendpolitik, Tel. 65752

Pia Maier, Haushalt, Umwelt, Tel. 0177-3029285

Nico Biver, Verkehrspolitik, Tel. 681506

Fraktionsbüro: Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 163873

Offenes Plenum, Donnerstags, 20.00 Uhr, Fraktionsbüro

Im Schneckentempo gegen den Verkehrsinfarkt

Verkehrsentwicklungsplan unter Beschuss von Möller und Co.

Das Zielkonzept für den Verkehrsentwicklungsplan verspricht Erleichterungen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen und eine Stagnation des Autoverkehrs. Das geht manchen schon zu weit.

Oberbürgermeister Dietrich Möller nutzte seine Haushaltsrede am 10. November, um eine Breitseite gegen die Vorschläge für den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Nordstadt und des Marburger Westens abzufeuern. Nach dem Test verschiedener Szenarien (siehe NM, Nr. 2, Mai 2000) wurde jetzt vom Büro für Stadt- und Verkehrsplanung (BSV) ein Zielkonzept vorgelegt, das als Grundlage für den VEP dienen soll.

Möller kritisierte u.a., dass auf der Strecke von der Ketzerbach bis Marbach der Verkehr nicht wesentlich reduziert werde und stellte die polemische Frage, warum man soviel Geld verende, „um im Nachhinein doch die Sektorierung zu bekommen“. Indirekt zweifelte er die Richtigkeit der Zahlen und die Kompetenz der Gutachterfirma an. Dabei war diese gegen den Willen der Umweltgruppen im Verkehrsforum durchgedrückt worden.

Schreckgespenst Sektorierung

Das BSV orientierte sich angesichts der steinzeitlichen Verkehrsdiskussion in Marburg offensichtlich am politisch Machbaren. Eine Straßenbahn wurde ohne nähere Untersuchung pauschal verworfen. Maßnahmen wie eine Verringerung der Parkplätze oder Erhöhung der Gebühren wurden ebenso wenig diskutiert wie die Einrichtung von kostenlosen Buslinien oder umfangreiche Straßensperrungen für den Pkw-Verkehr. Solche Vorschläge hätten wohl nicht nur beim OB sondern bis weit in die Reihen von SPD und Grünen hinein zu lautem Wehklagen geführt.

Das Konzept sieht lediglich vor, mehr Platz für Rad- und Fußverkehr zu schaffen, die Elisabethstraße für den Pkw-Verkehr zu sperren, einige Straßen in Tempo 30 Zonen umzuwandeln und mehrere Direktbuslinien einzuführen. Damit soll erreicht werden, dass der Pkw-Verkehr, der seit 1982 um 43 Prozent gewachsen ist, nicht weiter zunimmt. Deshalb stehen der autofreien Elisabethstraße und bescheidenen Entlastungen etwa Richtung Marbach, Mehrbelastungen in der Robert-Koch- und Bunsenstraße gegenüber.

Dieses Konzept als Sektorierung

zu bezeichnen ist weniger eine Diffraktionierung des VEP, wie von Möller beabsichtigt, als eine der Sektorierung. Dieses Konzept, das 1995 bei einem von Verkehrsinitiativen angestregtem Bürgerbegehren mit ein Drittel der Stimmen scheiterte, sieht die Teilung der Innenstadt in drei Sektoren vor, die für Busse und Räder miteinander verbunden, aber für Pkws nur noch über die Autobahn zu erreichen wären. Damit soll ohne großen finanziellen Aufwand der Durchgangsverkehr aus der Stadtmitte herausgehalten werden. Beim VEP sind weder eine Teilung der Stadt für Pkws noch eine Abdrängung des Durchgangsverkehrs beabsichtigt.

CDU, BfM, Teile der SPD und die Geschäftswelt liefen damals gegen das Bürgerbegehren Sturm. Seitdem

deutet, Abstriche beim Motto „Freie Fahrt für freie Bürger“ zu machen.

Die Kritik, der VEP würde kaum zu Verbesserungen in Marbach führen, wurde auch auf der Bürgerversammlung am 17. Oktober im dortigen Bürgerhaus vorgetragen. Die Bürgerinitiative Marbachtunnel hatte nachmittags bereits mit vierzig Personen für ihre Ziele demonstriert („mit SPD/Grüne und PDS geht's uns Marbachern immer schlecht“) und abends mit der CDU mobil gemacht. Leute, die stolz verkündeten, dass sie keinen Schritt zu Fuß gehen oder mit dem Bus fahren, beklagten sich über den starken Pkw-Verkehr. Der Hinweis der Gutachter, dass der meiste Verkehr in der Marbach durch die Marbacher verursacht sei, trug nicht zur Abkühlung der Gemüter bei.

Mehrbelastung durch Tunnel

Die Stimmung war vor allem gereizt, weil die Gutachter herausgefunden hatten, das beim Bau des Tunnels der Verkehr in der Marbach allenfalls gleich bleiben, in der Emil-von-Behring-Straße aber sogar um ein Drittel zunehmen würde. Lediglich die



Selbst kleinste Fortschritte zugunsten von FußgängerInnen können nur gegen zähen Widerstand durchgesetzt werden. Mehr als zwei Jahren musste der Stadtverordnete Köster am Ball bleiben, bis das fehlende Ampelpaar in der Bahnhofstraße in Betrieb ging

wird jede Verengung einer Straße oder Verkehrsberuhigungsmaßnahmen mit Vorliebe von der Fraktions-Vize der CDU, Frau Oppermann, als „Sektorierung durch die Hintertür“ bezeichnet. Noch-Parteikollege Ludwig von der Marburger Bürgerliste (MBL) fand am 25. November sogar, dass die Unterbrechung einer Fahrbahn in der Biegenstraße durch eine „Nase“ zugunsten des Fußverkehrs Sektorierung sei.

Deshalb ist die Kritik von rechts an den zu geringen Wirkungen des VEP auch nicht ernst zu nehmen. Würde er zu größerer Entlastung führen, wäre er erst recht auf Kritik aus dieser Ecke gestoßen. Das hätte be-

Ketzerbach wäre um ein knappes Viertel entlastet worden. Dies wird im Zielkonzept des VEP allerdings auch fast erreicht, zusätzlich zu leichten Verbesserungen in Marbach.

Nach dem Motto „Was nicht sein darf, kann nicht sein“ verfährt jetzt nicht nur die Bürgerinitiative sondern auch die CDU. Die Initiative erwähnt deshalb lieber nicht, dass durch den Tunnel einiges schlimmer würde, sondern behauptet, dass die im aktuellen VEP-Zielkonzept vorgesehene Entlastung unglaubwürdig sei. Offensichtlich kann man sich hier nicht vorstellen, dass Menschen auf den Bus umsteigen oder etwa – wie die beiden PDS-Stadtverordneten auf

der Bürgerversammlung – mit dem Fahrrad die Marbach hochfahren.

Auch der Vorschlag für Tempo 30 in der Marbach und in anderen Straßen, um weniger Lärm und bessere Bedingungen für den Radverkehr zu erreichen, stößt auf rabiaten Widerstand. Frau Oppermann machte im Bauausschuss klar, dass sie zumindest vom Autofahren nichts versteht, als sie behauptete, dies führe zu mehr Staus. Das Gegenteil ist der Fall. Hier deutet sich aber an, dass es den meisten, die sich hier engagieren, nicht darum geht, die „in erheblichem Umfang durch den extrem hohen Autoverkehr“ beeinträchtigte Lebensqualität (Bürgerinitiative) zu verbessern, sondern möglichst schnell mit dem Auto in die Innenstadt zu kommen. Dies klang bei der Marbacher CDU-Stadtverordneten Gottschlich an, die auf der Bürgerversammlung beklagte, dass durch die Engpässe die Marbacher verkehrlich von Marburg abgehängt würden.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der VEP verhindert wird, bzw. selbst die bescheidenen Fortschritte die er bringt, zurecht gestutzt werden. Bei den bürgerlichen Fraktionen hat ein eifriger Konkurrenzkampf um den Pokal der autofreundlichsten Gruppe begonnen. Die von der CDU abgefallene MBL reicht im Stadtparlament einen Antrag nach dem anderen zugunsten von Falschparkern und Rasern ein. Die BfM, die um Prozentpunkte fürchten muss, ist mit ihrer Westtangente bei den Gutachtern baden gegangen und hat sich in der Hoffnung, dass bei der Addition von zwei negativen Projekten ein positives heraus kommt, zusätzlich für den Tunnel ausgesprochen.

Pläne ohne Visionen

Auf der Linken löst ein Verkehrsentwicklungsplan, der nur Schlimmeres verhindert aber kaum etwas verbessert und zudem teuer ist wenig Begeisterung und Kampfbereitschaft aus. Ein größerer Wurf unter Einschluss einer regionalen Stadtbahn und/oder der Sektorierung wäre durch seine stärkere Verkehrsentslastung überzeugender gewesen.

Die Wahl am 18. März wird auch eine Wahl zwischen Behringtunnel und VEP sein. Aber selbst wenn Rot-Grün die Mehrheit behält, ist nicht sicher, ob der VEP als Ganzes eine Chance hat. Der vorgesehene Ausbau des ÖPNV, aber auch die Umbaumaßnahmen in den Straßen kosten mehrere Millionen jährlich, die angesichts der Berliner Umverteilungspolitik nur schwer aufzutreiben sind. Als Chef der Verkehrsbehörde kann Möller außerdem sein Veto gegen viele Maßnahmen einlegen. Solange Rot-Grün nicht dagegen gerichtlich vorgehen und stärker in die Offensive gehen will, wird weiterhin verkehrspolitischer Stillstand in Marburg herrschen.

Nico Biver



Die am 18. März zu wählende Stadtverordnetenversammlung wird entscheiden, ob sie weiterhin im Sitzungssaal in der Barfüßerstr. 52 tagen wird

Köner/Schäfer

Steter Tropfen...

Etwa ein Drittel aller Anträge, die die PDS/Marburger Linke im Stadtparlament stellte, fand die Zustimmung des Hauses. In letzter Zeit war die Quote besonders hoch.

BürgerInnenbeteiligung

Bereits im August wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem der Magistrat aufgefordert wird, „ein Konzept zur qualitativen Ausweitung und Verbesserung der BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtentwicklungsplanung zu erarbeiten.“ Damit sollen in Zukunft Fehlplanungen wie beim Feeser-Gelände vermieden werden.

Tempo 30

Nur mit Stimmen von PDS/ML, SPD und Grünen wurde in der Oktober-

sitzung der Magistrat beauftragt, zusätzliche mögliche Tempo-30-Zonen zu erfassen, die nötigen Planungsvorarbeiten zu unternehmen und über die Vorteile solcher Zonen aufzuklären.

Mobilitätszentrale

Ein Antrag der PDS/ML, eine Mobilitätszentrale einzurichten, ging auf einen entsprechenden Beschluss des Verkehrsforums zurück und war bereits 1999 zurückgestellt worden, um die Erfahrungen des Zentrums für Verkehr und Umwelt am Hauptbahnhof auszuwerten.

Da SPD und Grüne dem PDS/ML-Antrag nicht beitreten wollten, legten sie einen eigenen, fast inhaltsgleichen, vor, der am Ende von den drei Fraktionen gemeinsam getragen wurde. Sogar die autofreundlicheren Fraktionen stimmten schließlich dem Antrag zu.

Kurz gefragt

Durch kleine Anfragen der PDS/ML-Fraktion im Stadtparlament weiß man jetzt,

■ dass das **Biedermeierhäuschen** hinter der Kunsthalle auf vertraglicher Grundlage verfällt. Die Investoren müssen es zwar instand setzen. Wann dies geschehen soll, steht aber ebenso in den Sternen wie die Art der Nutzung des Gebäudes. Wer eine Idee hat, was man auf 72 qm gegen Geld machen kann, wende sich bitte an OB Möller.

■ dass es seit 1997 keine **Geschwindigkeitskontrollen** in der Bahnhofstrasse gegeben hat. In der Biegenstrasse wurde seitdem immerhin zweimal gemessen, einmal nachts und einmal tagsüber. Seitdem weiß man angeblich, dass nachts nicht mehr gerast wird als am Tag.

■ dass es keine Statistik über **Verletzungen oder den Tod von FußgängerInnen und RadfahrerInnen** in Marburg gibt, aber, dass in

den letzten drei Jahren niemand um's Leben kam.

■ dass das Sozialamt in etwa zehn Fällen im Jahr von sich aus aktiv geworden ist und laufende **Hilfe zum Lebensunterhalt** gewährt hat.

■ dass im Zusammenhang mit dem Skandal um das Software Center **keine Akten verschwunden** sind, wie es der Akteneinsichtsausschuss vermutete. Jedenfalls behauptet OB Möller, dass diesbezügliche Einsichten „so nicht zutreffend“ seien.

■ dass die **Umwandlung der Stadtwerke** in eine GmbH & Co. KG insgesamt 2 Mio. DM kosten wird.

BARFÜßER STRASSE 50

Faecks spricht

Der Fraktionschef der Bürger für Marburg (BfM) Friedhelm Faecks sorgt durch seine wundersamen Formulierungen nicht nur des öfteren für Heiterkeit im Stadtparlament. Seine Reden tragen auch zur kommunalpolitischen Weiterbildung im Hause bei.

Auf der Novembersitzung erläuterte der Rechtsanwalt den KollegInnen den Unterschied zwischen Ertragswert und Marktpreis eines Gebäudes. Der Magistrat hatte den Preis der städtischen Wohnungen, die an die GeWoBau verkauft werden, nach dem Ertragswert errechnen lassen. Dieser sei laut Faecks mit dem Preis einer halben Sau vergleichbar. Für ein Schnitzel müsse man vergleichsweise mehr berappen. Ähnlich sei es mit dem Preis für ein Gebäude in einer Spitzenlage, dessen Marktpreis erheblich über dem Ertragswert liegen könne. Deshalb heißen die wohl Filetstücke.

Salonfähig oder fundamentalistisch?

Die Meinungen über die PDS/Marburger Linke gehen auseinander:

„Nichts für Kommunistenhasser: Die Linken sind salonfähig geworden“ titelte die Oberhessische Presse am 7.10.00. „Die neuen Linken orientieren sich an kommunalpolitischen Themen und bemühen sich um Sachlichkeit.“

Laut dem SPD-Fraktionionsvorsitzenden Norbert Schüren hätte die PDS/ML „es sich in einem ‘feuchtwarmen Eckchen’ gemütlich gemacht, doch zur politischen Verantwortung gehöre auch das Mittragen von unbequemen Entscheidungen.“ (Marburger Neue Zeitung, 19.10.00)

Bürgermeister Egon Vaupel (SPD) sieht das weniger verbissen: „Ich bin froh, dass sich das Verhältnis, und nicht nur in Marburg, entspannt. (...) Die PDS hat sich in Marburg sehr stark sozialpolitisch engagiert, und von dieser Warte aus werde ich auch immer das Gespräch mit der PDS führen – warum auch nicht? (Marburger Neue Zeitung, 15.11.00)

Vor fünf Jahren

„Auf der Stadtverordnetenversammlung vom 24. November hatte die Fraktion der Grünen den Antrag gestellt, OB Möller zu verklagen, weil er den letztjährigen Beschluß des Parlaments, die Elisabethstraße in eine Fußgängerzone umzuwandeln, als oberster Leiter der Verkehrsbehörde

nicht umsetzen will. Damals hatte die SPD dem Beschluß noch zugestimmt... Aber wie so oft kneift die SPD den Schwanz ein, wenn es mal hart auf hart kommt. Sie stimmte mit großer Mehrheit – wie die CDU und die BfM – gegen den Antrag der Ökopartei.“

NEUES MARBURG, Nr. 7/Dez. '95/Jan. '96

Nackedeis

Newton, der smarte Verführer

Mein Herz schlägt links, auch im Alter, aber manchmal merkt man, dass man auch ein paar Monaten im Geldbeutel braucht.“ Soweit der altersweise Photograph Helmut Newton und jüngst 80 gewordene. Potzblitz! Da rumpelt die Sonny & Cher-Hymne „The Beat Goes On“. Die Erotik in seinen Inszenierungen beinhaltet eine visionäre Vorwegnahme der selbstbestimmten Sexualität der Frauen. Ihm zu Ehren gibt's in Berlin eine voll fette Retrospektive in der neuen Nationalgalerie am Potsdamer Platz. Umringt von einigen hundert Newton-Nackedeis prangt ein Bildnis von Kanzler Schröder, zweieinhalb Meter hoch aufgebrelzt. Die Ausstellung ist purer Zufall im Schwitterschen Sinne und zeigt bis zum 7. Jan. 2001 rund 350 Photographien. Begeistert sind eh alle. Mona Mirabella etwa, eine Berliner Malerin, die als „grande dame“ durch die lustvoll gestalteten Räume segelt: „Der ist des Wahnsinns fette Beute!“ stößt sie aus, lächelt und pafft weiter. „Eine Art Masturbation, seine alle Kamellen anzugucken“, sei das, so Kuratorin & Photographin Alice Springs, seine Liebste & Angetraute. Freddy Mercury jubelt: „Fat Bottom Girls.“

„Der in Monte Carlo lebende Newton ist ein waschechter Berliner. Hier im Atelier der Photographin Yva lernt er sein Handwerk und entwickelt ein Faible für Portrait und Modephotos. „eine sehr schöne und sehr

umworbene Frau“ O-Ton Newton. Noch heute spürt er jene „Atmosphäre schwüler Sinnlichkeit, wie man sie auch in Geschichten von Schnitzler findet.“ Bleibenden Eindruck hinterlassen bei ihm dessen „Kulissen von Pracht und Reichtum.“ Vor dem Terror der Faschisten flüchtet der junge jüdische Photograph aus Berlin. 30 Jahre später wird er den erotischen Zauber der Schnitzler-Erzählungen wieder auferstehen lassen. Ein endloser Reigen Newtonscher Visionen.

„Ich versuche die Leute vor der Kamera zu verführen – sie müssen mich lieben, denn wenn die Person den Photographen hasst, kommt nichts heraus, dann wird's unangenehm.“ Ein Charmeur der alten Schule dieser Newton, der seine Models geschickt an jeder Karikatur vorbei zu lotsen versteht. Der empfindsame Newton schafft all dies durch kleine Perspektivverschiebungen und einen selbstreflexiven Sprachgebrauch. Newton rührt an Bereiche, die Seele heißen oder gehütetes Innerstes. Manchmal gerät er dabei in die Nähe der notorischen Kantinenkomiker, wenn er sagt: „Würde und Schalk, Last und Lust.“

Ach ja, was die Stadt Siegen mit Paul McCartney geschafft hat, kann Marburg allemal mit Helmut Newton. Für den engagierten Kulturamtsleiter Richard Laufner sicherlich ein Klacks.

Schlussendlich gibt der Großmeister der erotischen Knipserei zu bedenken: „Tabu gibt's heute mehr als



Hanna Schygulla. München 1980, fotografiert für Rainer Werner Fassbinder

in den sechziger & siebziger Jahren, das können sie mir glauben. Was ich damals gemacht habe, das würde jetzt kein Mainstream-Magazin mehr

drucken. Heute ist man einfach politically correct. Irgendwie erinnert mich das an die Nazis.“

Lilo Lenuschka

Panoptikum

Blau Linse – Kabbalistik

Von jedem etwas, also Kraut & Rüben, war diese Photoausstellung. Die Blaue Linse, im Völlegefühl ihrer Weisheit, benennt jenes Gedingsel bedeutungsschwanger mit „Fotoarbeiten“ Welch technokratische Geistesschlichtheit. In gefühlkaltem Blau erstrahlt das Plakat mit einem aseptisch abstrakten Motiv in graphischer Ödnis. Eines jener hübschen „Miriams Tanz“ Photographien von Hans Lindt ist da allemal ansprechender & werbewirksamer. Zu seinen Photos gesellten sich die der anderen Vereinslust.

Die Kulissen des gewiss ehrwürdigen Rathauses erinnern wie in alten Zeiten an billiges Bauerntheater. Rustikaler geht's nicht im geheiligten Bezirk mystischer Kabbalistik. Vernissage im Rathaus – ein Panop-

tikum wie in Fellinis „Schiff der Träume“ auf gut hessisch, die Nekropole des Kapitals, wo der Kunsthalbe-Kino-Bunker etc. abgekaspert wurden. Der große Stadthauptling Möller (CDU) hatte eine anachronistische Schattenrede gehalten. Eine sakrale Handlung, das war Kabbala. Die Marburger Kunst- & Polit-Kamarilla übte das gegenseitige sanfte Händewaschen und – reichen. Höfliche Herablassung und müdes Desinteresse begegneten einander. Eine irrlichternd-operettenhafte Veranstaltung. Heraus aus dem Halbdunkel wilhelminischer Repräsentation.

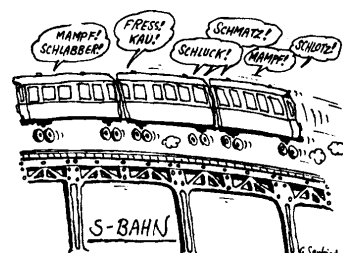
Philister Detmering (alter Herr vom Marburger Wingolf & SPD), der 29 Jahre vielversprechend seine Magistratspressesprecherrolle spiel-

te, war der Galan im Glück. Wie das? Das Presseamt & Blaue Linse sind Ausrichter dieser Ausstellung, vertreten in Personalunion durch Mr. Detmering. Ein formidables Abschiedsgeschenk hat er sich da geleistet.

Lieblose Hängung der gerahmten Werke an Absperrgittern im Rathausaal. Das raubt den Photographien die Wirkung, überbordend peinlich & unwürdig. Schaut aus wie original depressiver DDR-Realismus. Mit manieriertem Kennerblick fragt Schopenhauers Trampeleule: „Diese Banalität des Mittelmäßigen – muss ich das erfahren?“ Mit schmissiger Verve hat dieser Verein ambitionierter Knipsler sich auf das Niveau einer gymnasialen Photo AG begeben. Herzlich kleinkariert & kompensativ großmäulig. Knickrigkeit lautet die rührend altmodische Bildungsbürgerformel, nach der hier gehandelt wird. Technisch angewandte Photographie, die leider nicht authentisch ist. Konventionell bis zum abwinken. Schöpferisch & spiele-

risch schon gar nicht. Erotische Photographie gilt als Schweinkram. Gediegen – gefällig und museal erstarrt det Janze. Wie wär's mit lebhaften, provozierenden Farben, die in den Photographien als erzählendes, nicht als dekoratives Element eingehen. Nicht zu vergessen Mimik, Gestik, Ausdruck und dergleichen. Wie sagte schon der große Federico Fellini: „Ein Werk ist in erster Linie das Ergebnis einer Spontaneität.“ Helmut Newton zum Thema: „Die Papparazzi habe ich genau studiert, für mich ist das eine der virilsten Arten der Photographie. Ich glaube, dass heute zu viel intellektualisiert wird in der Photographie.“

Lilo Lenuschka



Universität und Prostitution

Seit einiger Zeit weht ein eigen-tümliches Parfüm durch die Uni-versität.

Dabei hatte es zunächst bieder und grämlich begonnen. Der Präsident Schaal erklärte, der Staat werde in Zukunft immer weniger für seine Hochschulen ausgeben. Diese müssten sich deshalb um Sponsoren bemühen. Er beauftragte eine britische Beraterfirma mit der Vorbereitung. In den Fachbereichen sollten Arbeitsgruppen gebildet werden, welche die Aufgabe hatten, ausfindig zu machen, was man auf den Markt bringen könne.

Dieser Selbsterforschungsprozess hatte noch nicht begonnen, als ein neuer Präsident gewählt wurde. Horst Franz Kern, ein zupackender Mann, ist offenbar der Ansicht, man komme schneller voran, wenn man die Universität auf das Führerprinzip umstellt.

Das geht so: In Zukunft bekommen die Universitäten vom Land einen sogenannten Globalhaushalt. Der wird dann intern aufgeteilt, und zwar von Instanzen, die von oben nach unten durchgestellt werden. Oben sitzt der Präsident mit seinen Vizepräsidenten, dann kommt der verkleinerte Senat, anschließend folgen die Dekane, deren Befugnisse gestärkt werden, der Rest – Fachbereichsräte und Institutsdirektorien – hat nichts zu sagen.

Diese vertikale Struktur ist kein Selbstzweck, sondern sie soll eine Ergänzung des Marktes sein. Also werden die wenigen staatlichen Mit-

teln denjenigen Einrichtungen und Wissenschaftler(innen) zugewiesen, die schon Förderer gefunden haben.

Das war der Ruck, auf den die Universität offenbar seit 1527 gewartet hat. In ihren Gremien ist seitdem der Tagesordnungspunkt „Berichte und Mitteilungen“ der ausführlichste. Hier erzählt der Geschäftsführende Direktor eines Instituts, was der Dekan beschlossen hat, der Dekan wiederum gibt Entscheidungen des Präsidenten oder der Ministerin bekannt. Ein Fachbereich erfährt, dass ein neuer Studiengang eingeführt wurde, dass er selbst aber nichts dazu beschließen dürfe: er könne nur noch zur Kenntnis nehmen – entweder zu-

stimmend oder auch nicht.

Eine derart straff geführte Universität, das ist wohl das Kalkül, könne den Sponsoren gut gefallen. Der gerade geplatze AStA der Neuen Mitte lag mit seiner Firmenkontaktmesse voll im Trend. Bei Berufungen neuer Professoren liest man auch schon einmal die Begründung, wichtiger als das Schriftenverzeichnis eines Bewerbers (oder einer Bewerberin) sei, dass er (oder sie) auf der Expo mit Drittmitteln einen Pavillon gestaltet habe.

Ob dieses Treiben etwas mit Prostitution zu tun hat, hängt von der Definition ab. Versteht man darunter nur die entgeltliche Überlassung der Gliedmaßen zu geschlechtlicher Nutzung, dann ist das, was sich in der Universität gegenwärtig anbahnt, natürlich keine gewerbliche Unzucht, sondern Marktwirtschaft. Die Frage, ob beides etwa irgendwie zusammenhängt, muss noch erforscht werden. Mit Drittmitteln von Beate Uhse.

Georg Fülberth



AStA im Abseits

Koalition der „Neuen Mitte“ geplatzt

Kurz vor den Wahlen zum 37. Studierendenparlament hat die Liberale Hochschulgruppe (LHG) die AStA-Koalition verlassen. Während der gesamten Legislaturperiode knisterte es zwischen dem Bündnis aus Jusos, Grünen, A.i.d.A. (Aufbruch in den AStA), Rosa Liste und der LHG. Grund der Streitigkeiten waren vor allem die unterschiedlichen Ansätze im Bereich der Hochschulpolitik. So konnten sich die Bündnispartner auf keine gemeinsame Position zu den Kernthemen, wie das Hessische Hochschulgesetz, die Einführung von Studiengebühren oder das allgemeinpolitische Mandat einigen. Aufklärungsarbeit zu diesen Themen fand praktisch nicht statt. Lediglich die Position der einzelnen Gruppen wurde in einigen wenigen Flugblättern dargestellt. Durch die unterschiedlichen Meinungen blockierte der AStA während der gesamten andert-halb-jährigen Legislaturperiode jedwede hochschulpolitische Arbeit.

Den Mangel an kritischen Diskurs versuchte die jetzige Koalition durch die Propagierung von „Serviceleistungen“ des derzeitigen AStA wettzumachen. Doch hier lag letztendlich auch der Knackpunkt, an dem die Koalition letztendlich zerplatzte. Eine Firmenkontaktmesse namens „Perspektiva“ – eines der Hauptthemen der LHG –, auf der Studierende den Kontakt zu ihren späteren „Arbeitskraftverwertern“ herstellen konnten, sollte u.a. durch die Deutsche Bank finanziert werden. Weiterhin wurde die hessische Wirtschaftsministerin Ruth Wagner (F.D.P.) von der LHG als Schirmherrin gewonnen. Ohne Absprachen mit den Koalitionspartnern fing die LHG an, auf Kosten des AStAs Einladungen zu verschicken. Hier sahen nun Jusos und Grüne den Punkt erreicht, bei dem mensch sich von der LHG verabschieden musste, da Rot-Grün so kurz vor den Wahlen die eigene Wählerklientel nicht verschrecken wollte. Doch der Zeitpunkt war wohl für den Rest-AStA denkbar ungünstig, da der fällige Nachtragshaushalt nun nicht mehr im StuPa die nötige Mehrheit bekam.

Nun steht der AStA kurz davor, dass der Haushalt von der Unileitung zwangsverwaltet werden muss und die Projekte des AStAs sowie die nötige Modernisierung der Arbeitsplätze der Sekretärinnen nicht realisiert werden können. Der Finanzreferent der LHG, der eigentlich von seinem Posten zurücktreten will, muss nun auch zwangsweise im Amt bleiben, da für die Nachwahl dieses Postens die nötige Mehrheit im StuPa fehlt. Zwar behauptet der Rest-AStA weiterhin, dass er handlungsfähig sei, doch eigentlich war er nie wirklich. Stefanie Götz

Rote Karte für die Neue Mitte

PDS-Hochschulgruppe tritt zu StuPa-Wahlen an

Zu den diesjährigen Wahlen zum Studierendenparlament tritt die PDS-Hochschulgruppe zum ersten mal mit einer eigenen Liste an. Erklärtes Ziel ist es, mit mindestens vier Mandaten (von 41 zu vergebenden) ins StuPa einzuziehen. Die PDS-HSG strebt die eines linken arbeitsfähigen Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) an.

Im Mittelpunkt der Politik der LinksozialistInnen an der Uni steht u.a. der Kampf gegen die geplante Einführung von Studiengebühren, das Engagement für ein allgemeinpolitisches Mandat der Studierenden, sowie die kritische Auseinandersetzung

mit dem Hessischen Hochschulgesetz, das im letzten Semester von der CDU/FDP-Landesregierung verabschiedet wurde. Weiterhin will sich die PDS-HSG für nichtkommerzielle Kulturangebote an der Uni einsetzen.

Eine konsequente antifaschistische Arbeit muss aus ihrer Sicht wieder ein Bestandteil der Arbeit des AStA werden. Daher tritt sie für die Schaffung eines Autonomen Antifa-Referats ein.

Auch zu den Senatswahlen wird die PDS-HSG antreten. In dem 17-köpfigen Senat können lediglich drei Vertre-

terInnen der Studierenden mitbestimmen. Hier tritt die PDS-HSG zusammen mit der Sozialistisch-Ökologischen Hochschulgruppe (SHG), dem Bündnis Alternativer Linker Uni-gruppen (BALU) und der Gruppe D.i.s.s.i.d.e.n.t. zu den Wahlen in einer Offenen Linken Liste an. Ziel ist es hier mindestens einen der drei Sitze zu sichern. André Berg

Liste PDS-HSG

- 1 Saara Pellander
- 2 Stefan Schmalz
- 3 Anke Richter
- 4 David Salomon
- 5 Stefanie Götz
- 6 André Berg
- 7 Annika Nitzsche
- 8 Dominik Baiker
- 9 Benjamin Weber
- 10 Chris Mosel

Offene Linke Liste

- 1 Saara Pellander (PDS-HSG)
- 2 Ingo Schäfer (BALU)
- 3 Hanna Kiebacher (SHG)
- 4 Paul Wellso (D.i.s.s.i.d.e.n.t.)
- 5 Anke Richter (PDS-HSG)
- 6 Götz Wegner (BALU)
- 7 Julia Becker (D.i.s.s.i.d.e.n.t.)
- 8 Martin Beckmann (SHG)
- 9 Stefanie Götz (PDS-HSG)
- 10 Holger Hinterseher (BALU)

Alle Jahre wieder...

... betteln wir zur Weihnachtszeit. Die Gelegenheit ist günstig. Es soll noch Menschen geben, die Weihnachtsgeld bekommen. Es soll auch solche geben, die im Angesicht des Konsumterrors ein schlechtes Gewissen beschleicht. Und es gibt jene, die wissen, dass die nächste Steuererklärung fällig ist. Jede Spende an die PDS vor Jahresende wird 2001 von Minister Eichel mit einer Rückerstattung der Hälfte der Summe (bis 3.000 DM) gewürdigt. Da nicht nur der Weihnachtsmann sondern auch die Kommunalwahlen vor der Tür stehen, ist unser Finanzbedarf zur Jahreswende schwindelerregend. Ende Februar wollen wir ganz Marburg mit dieser Zeitung beglücken.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf
Marburger Bank
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 53 39 00 00

Kapital, Crash, Krise Kein Ausweg in Sicht?

Sahra Wagenknecht PDS-Bundesvorstand und Kommunistische Plattform
wird u.a. eine Zwischenbilanz der Politik der rot-grünen Koalition ziehen
Di., 5. Dez., 19 Uhr
Hörsaalgebäude, Biegenstr.

PDS DKP
Hochschulgruppe Marburg-Biedenkopf
Unterstützt von Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS)

PDS Weidenhäuser Straße 78-80, 35037 Marburg
Tel./Fax: 163873
Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr

Kupong

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
 zu PDS-Treffen eingeladen werden
 Mitglied der PDS werden

Name	Vorname
Straße	Ort
Datum	Unterschrift

10 Punkte gegen Rechts

Ulla Jelpcke, die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, legte im August ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus vor:

1 Um Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen, muss Schluss gemacht werden mit der Verharmlosung der rechten Szene und der von ihr verübten Gewalt. Polizei und Justiz müssen aufhören, organisierte und planmäßig gesteuerte rechte Gewalt als Taten „alkoholisierter jugendlicher Einzeltäter“ zu verharmlosen. (...)

2 Die offizielle Politik darf nicht länger den Stichwortgeber für rechte Gewalt machen. Fremdenfeindliche Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Rüttgers) oder „Die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht“ (Schily) oder das Propagandabild von der »Asylantenflut« müssen auch in den großen Parteien geächtet werden.

3 Bündnisse gegen Rechts und antifaschistische Organisationen dürfen nicht länger diskreditiert und an den gesellschaftlichen Rand gedrückt werden. Gerade die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden haben eine lange Tradition der Diskriminierung und sogar Verfolgung antifaschistischer Gegenwehr und Politik. Antifaschistische Organisationen und Bündnisse sollten gestärkt und gefördert werden, auch finanziell. Das sollte auf kommunaler Ebene beginnen.

4 Ein Verbandsantrag gegen die NPD allein ist noch kein wirksamer Kampf gegen Rechtsextremismus. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus müssen vielmehr in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und Gegenwehr isoliert und geächtet werden. (...)

5 Einen Verbandsantrag gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht zu beantragen ist Sache der Bundesregierung, des Bundesrats oder des Bundestags. (...) Die PDS-Fraktion wird, sollte ein solcher Antrag gestellt werden, diesen unterstützen.

6 Ich begrüße die Anregung des Zentrums für Türkeistudien, 1 Prozent der Mittel, die bei der

UMTS-Versteigerung erzielt werden, für die Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Das wären beim gegenwärtigen Stand etwa 900 Millionen DM. Davon sollten:

- 300 Millionen DM für zusätzliche Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verwendet werden;
- 300 Millionen DM für Jugendprogramme, internationalen Jugendaustausch, Jugendzentren u.ä. Programme zumeist auf kommunaler Ebene bereitgestellt werden und
- 300 Millionen DM für kommunale Integrationsprogramme für Migranten und Flüchtlinge nach niederländischem Vorbild (Sprachkurse, Aus- und Fortbildungshilfen wie für deutsche Aussiedler, Verbesserungen des Wohnumfelds, schulische Hilfen usw.) sowie für Hilfen zugunsten der Opfer rechtsextremistischer Gewalt ausgegeben werden. (...)

Im Haushalt des Bundesinnenmi-

wenn Rechtsextremisten bei Tochtergesellschaften des Bertelsmann-Konzerns Bücher wie „Mein Kampf“ frei erwerben können, wenn an Kiosken und durch Grossisten Zeitungen und Zeitschriften wie die „National-Zeitung“ oder die „Junge Freiheit“ landauf landab öffentlich angeboten werden, wenn Firmen wie die Telekom Einrichtungen wie die „Nationalen Infotelefone“ dulden und gewähren lassen. (...)

8 Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus bedeutet auch, die Verherrlichung des Nationalsozialismus zu verbieten und wirksam zu verfolgen. Die PDS-Fraktion hat dazu bereits im Frühjahr einen Gesetzentwurf eingebracht, der jetzt im Innenausschuss liegt und der Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, wie sie auf Demonstrationen der NPD immer wieder skandiert werden, unter Strafe stellt. (...)

9 Rechtsextremistische Gewalt entwickelt sich auf einem breiten Bodensatz von Fremdenfeindlichkeit in dieser Gesellschaft. (...) Die Kompromissbereitschaft der Regierungsparteien und der FDP vor der rassistischen Kampagne von CDU und CSU hat zu einem Gesetz geführt, das die Einbürgerung nicht erleichtert, sondern möglicherweise sogar erschwert, auf jeden Fall verteuert. Die PDS besteht deshalb auf Nachbesserungen und einer

weiteren Reform im Staatsbürgerschaftsrecht. Wir müssen weg vom Blutsrecht, weg von der Diskriminierung und Verteufelung des „Doppelpass“, hin zu einem modernen, weltoffenen, demokratischen Staatsbürgerschaftsrecht.

10 Rechtsextremismus bekämpfen heißt vor allem: fremdenfeindliche Gesetze abschaffen. Im Kampf gegen Rechts ist nicht ein Abbau von Bürgerrechten erforderlich, sondern mehr Bürgerrechte, insbesondere für die Opfer rechtsextremer Gewalt, für Migranten und Flüchtlinge. (...)

Die PDS-Fraktion fordert deshalb von der Bundesregierung, alle fremdenfeindlichen Gesetze abzuschaffen und den Migranten und Flüchtlingen in diesem Land endlich gleiche Rechte zu gewähren. (...)



Endlich mehr Zivilcourage!

nisteriums sind in diesem Jahr ganze 2 Millionen DM für „Kosten der geistig-politischen Auseinandersetzung mit terroristischen und extremistischen Bestrebungen und eine bundesweite Aufklärungskampagne zu Gefahren des Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ eingestellt worden. (...) Anträge der PDS, diesen Titel deutlich zu erhöhen, sind seit Jahren sowohl von der alten wie der jetzigen Bundesregierung immer wieder abgelehnt worden.

7 Gesellschaftliche Isolierung und Ächtung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verlangt aber mehr als antifaschistische Organisationen und Bündnisse und auch mehr als energisches Handeln der Regierung. Auch die Wirtschaft muss sich beteiligen. Es kann nicht angehen,

PDS entdeckt Gewerkschaften

Gewerkschaftspolitische Konferenz setzt auf engere Zusammenarbeit

Zur 7. Bundeskonferenz trafen sich am 17./18. November auf Einladung der PDS-Arbeitsgemeinschaft „Betrieb und Gewerkschaft“ (AG B&G) rund 300 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Kassel. Dort stellte die Parteispitze auch ihr „Gewerkschaftliches Aktionsprogramm“ vor, mit dem sie der SPD Konkurrenz machen will.

„Wir wissen, dass wir mit unserem gewerkschaftspolitischen Aktionsprogramm nicht nur die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verstärken werden, sondern auch die politische Konkurrenz mit der SPD.“ Diesen Nachsatz haben Vorstand von Partei und Bundesfraktion der PDS an den Schluss ihres „Aktionsprogramms“ gestellt. Die PDS sucht ausdrücklich diese Konkurrenz. Mit ihrer Konferenz in Kassel unter der Frage „Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaften?“ hat die PDS schon Punkten können. Unter den etwa 300 Teilnehmern – rund dreimal mehr als bei dem vorherigen Treffen der AG B&G im vergangenen Jahr – waren nicht nur Betriebsfunktionäre aus einer Reihe von Großbetrieben, sondern ehrenamtliche und viele hauptamtliche Gewerkschafter aus Kreisverwaltungen, Landesbezirken und Hauptvorständen.

Prominenteste Teilnehmer waren die Vorsitzenden von zweien der elf DGB-Einzelgewerkschaften: Franz-Josef Möllenberg von NGG beschäftigte sich damit, inwieweit hergebrachte Instrumente und Kampfformen der Gewerkschaften unter den Bedingungen der alltäglich beschworenen Globalisierung noch geeignet sind. Margret Mönig-Raane, Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, sprach zum vorgegebenen Hauptthema „Das Schweigen der Dinosaurier – wie überlebensfähig ist die Gewerkschaftsbewegung?“

Ihre Teilnahme an der Konferenz bezeichnete Mönig-Raane gegenüber einer Lokalzeitung „als ein Stück Normalisierung“. Sie halte es für richtig, „die PDS nicht auszugrenzen“. Das Bild der Dinosaurier mochte Mönig-Raane dagegen nur in einer Hinsicht gelten lassen: 200 Millionen Jahre hätten sie die Erde bevölkert, Gewerkschaften aber erst seit 150 Jahren: „Wir fangen erst an.“ Gewerkschaften seien gegründet worden, um Missstände in Betrieb und Gesellschaft abzuschaffen oder wenigstens zu mildern. Heute gebe es hierzulande nicht mehr die früheren Elendsbilder. Doch schaue man genauer hin, seien die damaligen Pro-

bleme nach wie vor aktuell: Zum Beispiel die Absicherung gegen die Risiken von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter oder der Kampf gegen überlange Arbeitstage. Nach wie vor gebe es Interessenkonflikte um die Verteilung des erarbeiteten Mehrwerts, wachsendem Druck durch Privatisierung, Deregulierung und Globalisierung. Dementsprechend müsse sich auch Gewerkschaftsarbeit verändern.

Eben dies hat sich auch die PDS auf Papier geschrieben in ihrem „Aktionsprogramm“, nicht nur mit der Aufforderung an ihre Mitglieder, sich als „aktive Gewerkschafter“ zu engagieren, damit die „Diskussion gewerkschaftlicher Probleme in der PDS einen höheren Stellenwert bekommt“. Zugleich wollen Parteivorstand und Bundestagsfraktion „in der parlamentarischen Arbeit einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns legen“,

heißt es weiter in dem Programm, das Gabi Zimmer und Roland Claus, die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion der PDS, in Kassel erstmals öffentlich vorstellten. Auf dieser Grundlage solle ein Mitte-Links-Bündnis wachsen, nicht vorrangig als Koalition von Parteien, sondern als „Ergebnis eines breit gefächerten Netzes von politischen Alltags-



beziehungen“, so das Programm.

Die AG Betrieb und Gewerkschaft verfügt inzwischen in den meisten Bundesländern über Landesarbeitsgemeinschaften. Die PDS will diese Strukturen weiter ausbauen und in allen Regionen und größeren Städ-

AsylbewerberInnen gleichstellen!

Zur Diskussion eines PDS-Antrages zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes in seiner heutigen Form in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung erklären die PDS-Ausschussmitglieder Pia Maier und Klaus Grehn:

Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz werden seit sieben Jahren Flüchtlingen und anderen Ausländerinnen und Ausländern ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz entzogen und in einem eigenständigen Gesetz geregelt. Die Höhe der Unterhaltsleistungen sind seitdem 25% bis 100% geringer als die Sozialhilfe und fallen damit unter die hier geltende Armutsgrenze. Dies hat zu einer dramatischen Lebenssituation für die Betroffenen geführt, auf die Kirchen und Flüchtlingsinitiativen seit Jahren aufmerksam machen. Die nicht selten entwürdigende Behandlung von Asylsuchenden in der Bundesrepublik und ihre Entfremdung von der deutschen Bevölkerung hat Ursachen auch im geltenden Gesetzestext. Wer limitierte Sachleistungen, die Verfrachtung in Sammelunterkünfte, gesundheitliche Unterversorgung, Gemeinschaftsver-

pflung, Arbeitsverbot und allzu oft auch entwürdigende Behandlung durch Ämter an die Stelle von Solidarität, Verständnis, Arbeitserlaubnis und direkte finanzielle Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG setzt, der lindert nicht menschliches Leid.

Der Antrag der PDS verfolgte das Ziel, das zunehmend fremdenfeindliche Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, weil es in allen seinen Teilen nicht mehr reformierbar ist, und allen, die von einer staatlichen Unterstützung abhängig sind, Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz zu gewähren.

Obwohl die Abgeordneten aller Fraktionen eingestanden, die inhumanen Lebensbedingungen zu kennen und in der Notwendigkeit einer Veränderung mit der PDS übereinstimmen, lehnten sie den Antrag ab. Selbst die Fraktion der Grünen, die noch als Oppositionspartei das Asylbewerberleistungsgesetz als menschenverachtend angesehen hatte, bekundete Sympathie für den PDS-Antrag – und lehnte ihn ab. Der Hinweis der Bundesregierung, dass sie ab 2001 eine „spürbare Verbesserung für Asylbewerber“ plane, wobei deren Taschengeld von 80 DM auf 85 DM „aufgestockt“ werden soll, lässt sich angesichts der Lebenssituation

ten „eigenständig arbeitende Organisationen“ mit gewählten Vorständen und „regelmäßig arbeitenden Basisgruppen“ bilden. Damit würde die PDS nachvollziehen, was bei SPD und CDU schon lange besteht, die mit der AfA – „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ – und der CDA „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft“ – Organisationsgliederungen geschaffen haben, die relativ autonom die Probleme von abhängig Beschäftigten diskutieren und faktisch häufig Diskussionen in Gewerkschaftsgliederungen vorstrukturieren.

Das „Aktionsprogramm“ der PDS enthält eine Zehn-Punkte-Aufstellung von Initiativen, die sich die Bundestagsfraktion vorgenommen hat. An erster Stelle steht die Rentenpolitik, zu der die Partei zur Unterstützung der Gewerkschaften eine Kampagne plant und wo die Fraktion – bei grundsätzlichem Festhalten am gegenwärtigen Niveau, an der paritätischen Finanzierung und der Ablehnung der Privatisierung – doch versuchen will, Verbesserungen des vorliegenden Gesetzentwurfs durchzusetzen. Diese Vorgehensweise liegt genau auf der Linie, die Mönig-Raane als Strategie der Gewerkschaften umrissen hatte. Friedrich Siekmeier
Aus: Neues Deutschland, 20.11.2000



Die Marburger Stadtverordnete Pia Maier ist seit August Mitglied des Bundestages. Sie war Nachrückerin für den hessischen PDS-Abgeordneten Fred Gebhardt, der im August im Alter von 72 Jahren verstarb. Maier ist seit Oktober sozialpolitische Sprecherin der Fraktion und stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

der Betroffenen nur als zynisch bezeichnen.

Wer wie Kanzler Schröder den „Aufstand der Anständigen“ fordert, steht auch in der Pflicht, ausländerfeindliche Gesetze abzuschaffen und den zu uns Geflüchteten menschenwürdiges Leben und Integration zu ermöglichen.

Neue parlamentarische Initiativen der PDS

Die Bundestagsfraktion der PDS hat in den letzten Monaten u.a. folgende Anträge eingebracht:

Mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte

Die PDS will mit ihrem Antrag die auch von der Regierung beabsichtigte Reform des Betriebsverfassungsgesetzes beschleunigen und durch ein Eckpunktepapier den Bundestag zur Debatte der seit langem vorliegenden gewerkschaftlichen Vorschläge zwingen. Ihr 21 Forderungen umfassender Antrag lehnt sich eng an Gesetzesentwürfe von DGB und DAG an.

Reform der internationalen Finanzarchitektur

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für grundlegende Reformen von IWF und Weltbank einzusetzen. IWF und Weltbank sollen so demokratisiert werden, dass sie gegenüber der UNO rechenschaftspflichtig werden und die Entwicklungs- und Schwellenländer mehr Einfluss haben. Eingriffe über die Strukturanpassungspolitik bei der Kreditvergabe, wie z.B. Öffnung der Märkte oder Streichung von Lebensmittelsubventionen, sollen abgeschafft werden.

Sicherung tariflicher, arbeits- und sozialrechtlicher Standards durch ein Vergabegesetz

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Vergabegesetz vorzulegen, welches Bietern um öffentliche Aufträge vorschreiben soll, eine Tariftreueerklärung vorzulegen. Bieter, die nachweislich und in überdurchschnittlichem Umfang die Beschäftigung von Frauen fördern sowie Ausbildungsplätze bereitstellen und die Quote für die Beschäftigung von Schwerbehinderten erfüllen, sollen bei sonst gleichen Angeboten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.

Aufhebung der Kuba-Sanktionen

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, auf der UNO-Vollversammlung dem Antrag 551 „Notwendigkeit für die Beendigung der durch die USA über Kuba verhängten Wirtschafts- und Handelsblockade“ zuzustimmen.

Interregio erhalten

In ihrer Eigenschaft als Vertretung des Eigentümers soll die Bundesregierung darauf hinwirken, den Schienenverkehr als ganzheitliches System weiter auszubauen, die einzelnen Verkehrsarten des Nahverkehrs, des regionalen Verkehrs, des interregionalen Verkehrs und des Fernverkehrs optimal aufeinander abzustimmen und disponierbare, attraktive und preiswerte Produkte in allen Bereichen des Schienenverkehrs anzubieten.

Alternativen zur Rentenreform

Interview mit der Vizevorsitzenden der PDS-Fraktion Heidi Knake-Werner

Arbeitsminister Walter Riester hat ein überarbeitetes Konzept zur Rentenreform vorgestellt. Kommt der neue Entwurf den Vorstellungen der PDS näher als der bisherige?

Nein. Wir empfinden Riesters Pläne nach wie vor als einen Bruch mit bisherigen Prinzipien der sozialen Sicherungssysteme. Insbesondere dann, wenn die im Entwurf vorgesehene private Vorsorge als Ausgleich für die Absenkung des Rentenniveaus dienen soll. Das führt dazu,

wiesen sind, ein Einbruch. Das betrifft immerhin 3,2 Millionen Menschen. Der Versuch, zu einer eigenständigen Alterssicherung von Frauen zu kommen und Kindererziehungszeiten in der Rente anders zu bewerten, ist aber ein vernünftiger Schritt. Natürlich finde ich es auch richtig, zur Nettolohnanpassung zurückzukehren. Ob dann die Rentenanpassung tatsächlich über die Inflationsrate hinausgehen wird, ist aber noch völlig umstritten. Denn die Nettolohnanpassung wird jetzt an-

ersenkung abgezogen und so weiter. Auch die steuerfinanzierte soziale Grundsicherung unterstützen wir. Allerdings bleibt der von der Regierung vorgeschlagene Betrag im Prinzip beim Sozialhilfeniveau und verhindert nur, dass alte Menschen künftig zum Sozialamt rennen müssen. **Wie sieht das Rentenkonzept der PDS aus?**

Unserer Überzeugung nach muss man die Zahl der Beitragszahler erhöhen, indem man bestimmte Berufsgruppen wie Beamte, Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete, Staatssekretäre einbezieht. Man muss auch über die Beitragsbemessungsgrenze reden. Die liegt heute ja bei 8600 bzw. 7100 Mark. Wir fordern, dass sie verdoppelt wird, dass aber nicht in gleichem Maße Ansprüche aus diesen zusätzlichen Zahlungen entstehen, sondern dass die gedeckelt werden. Und langfristig wollen wir, dass alle Einkommen in die Rente einbezogen werden, auch die aus Mieten und Zinsen. Nur dann wird es wirklich ein tragfähiges Solidarsystem geben. Schließlich wollen wir, dass die Arbeitgeber anstelle der an der Lohnsumme orientierten Rentenversicherungsbeiträge ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft entsprechend eine Wertschöpfungsabgabe leisten. Wir finden, dass die jetzige Regelung arbeitsintensive Unternehmen gegenüber kapitalintensiven benachteiligt.

Aus: Junge Welt 29.9.2000



Nicht die RentnerInnen, sondern die EnkellInnen werden mit höheren Beiträgen und/oder niedrigeren Leistungen die Zeche der Rentenreform bezahlen müssen

dass das Rentenniveau laut Riester auf 64 – wir sagen 61 – Prozent abgesenkt wird. Damit stünde Altersarmut wieder neu auf der Tagesordnung. Skandalös ist es auch, dass die Arbeitgeber sich nicht an der Finanzierung dieser privaten Vorsorge beteiligen müssen. Damit ist die paritätische Rentenfinanzierung aufgehoben. Wenn man sich die Durchschnittswerte der Renten heute anschaut, sind 61 Prozent zum Totlachen. Das Standardrentenniveau im Westen liegt bei 2000 DM. Frauen erhalten aber durchschnittlich nur 860 Mark. Da können Sie sich vorstellen, was von solchen Angaben zum Rentenniveau zu halten ist. Außerdem enthält auch der neue Entwurf keinen Plan zur Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.

Einige der im Konzept enthaltenen Details werden von der Koalition als „mutig“ gefeiert, etwa die stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten für Frauen.

Das muss man alles mit Vorsicht genießen. Zunächst einmal steht in dem Entwurf auch eine Absenkung der Hinterbliebenenrente von 60 auf 55 Prozent. Und das ist natürlich für die heutigen Rentner, die darauf ange-

ders berechnet. Da wird die Kindergelderhöhung abgezogen, es wird die Lohnerhöhung durch Steu-

Renten„erhöhung“ widersprechen!

Rentner, die bisher mit dem Widerspruch gegen die „Geringanpassung“ ihrer Rente von 0,6 Prozent in diesem Jahr noch gewartet haben, sollten nicht überstürzt reagieren. Da die Rentenanpassungsmitteilungen keine Rechtsmittelbelehrung enthalten, gilt nach dem Verwaltungsrecht eine 12monatige Widerspruchsfrist.

Das Beispiel in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung zeigt, dass ein erfolgreicher Widerspruch (Klage) gegen die Berechnung des Arbeitslosen- bzw. Krankengeldes vor dem Bundesverfassungsgericht durchaus Erfolg haben kann. Durch das kürzlich ergangene Urteil des Verfassungsgerichts sind erhebliche Nachzahlungen zu erwarten.

Rentnerinnen und Rentner sollten unbedingt schriftlich Widerspruch gegen die lächerliche Minianpassung der Renten einlegen – sonst sind bei einer erfolgreichen Verfassungsbe-

schwerde diejenigen, die kein Rechtsmittel eingelegt haben, hinterher genauso die Dummen wie jetzt unter Umständen die Arbeitslosen und Kranken.

Die vom Bundeskanzler angekündigte Rückkehr zur Nettoanpassung hat nur einen Haken. Aus dem Nettobetrag sollen die Steuer- und Kindervorteile herausgerechnet werden und dann noch einmal die Anteile für die freiwillige Altersvorsorge. Dieses führt zu einer erheblichen Reduzierung der jährlichen Rentenerhöhung und zur Absenkung des Rentenniveaus für Rentner und für Arbeitnehmer.

Die Sozialrente wird immer mehr ausgehöhlt und verliert an Kaufkraft. In den letzten 20 Jahren hat es elf Rentenkürzungen mit einem Verlust von 26 Prozent netto gegeben. Das sollte nunmehr reichen.

Wolfgang Hensel

Freiwillige Privatvorsorge?

Wer das Rentenniveau halten will, muss künftig kräftig zuzahlen

„Das Herzstück unseres Gesetzentwurfes ist die Förderung des Aufbaus eines zusätzlichen Altersvermögens. Diese Altersvorsorge ist freiwillig und zusätzlich. Sie ist also kein Ersatz, sondern eine Ergänzung der gesetzlichen Rente. (...) In Zukunft soll die gesetzliche Rente als Basis durch eine zusätzliche Rente ergänzt werden.“

Walter Riester, Rede im Deutschen Bundestag am 16.11.2000 zur Einbringung des Gesetzentwurfes

Die Einführung einer privaten Alterssicherung wäre ein alter Hut, wenn Walter Riester recht hätte und sie tatsächlich freiwillig und zusätzlich wäre: zusätzliche private Alterssicherung betreiben bereits viele Menschen. Ihre staatliche Förderung fiel dann auch nur unter die Überschrift „Reform des Vermögensbildungsgesetzes“. Zum Herzstück der rotgrünen Rentenreform wird sie nur dann, wenn man die Äußerung von Riester gegen den Strich bürstet: Sie ist weder „zusätzlich“ noch „freiwillig“. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung liest sich Riester denn auch ganz anders:

verantwortliche Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge unerlässlich.“

Wie kann etwas ‚unerlässlich‘ für die Sicherung des vorhandenen Rentenniveaus und zugleich ‚zusätzlich‘ und ‚freiwillig‘ sein?

Tatsächlich gilt: ersetzend statt zusätzlich. Die private Vorsorge ersetzt einen Teil dessen, was bisher die gesetzliche Rentenversicherung geleistet hat.

Um „stabile Beitragssätze“ in der Rentenversicherung hinzubekommen, will die Bundesregierung das Rentenniveau von heute etwa 70% auf 61% für NeurentnerInnen in 30 Jahren senken – berechnet nach heutigen Definitionen des Nettoverdienstes. Der parallele Aufbau einer privaten Alterssicherung führt im Jahr 2030 zu einem Leistungsniveau von 8,5-9% des durchschnittlichen Nettoverdienstes: Die heutigen 70% Rentenniveau der gesetzlichen Rente setzen sich in 30 Jahren aus 61% gesetzliche Rente plus 8,5-9% private Rente zusammen.

Tatsächlich gilt: „freiwillig“ steht nur auf dem Papier. Das geplante Gesetz zwingt in der Tat niemanden, eine private Vorsorge einzugehen.

privaten Eigenverantwortung überstellt. Entscheidend sind nicht die 4%, sondern dieser eingeschlagene Weg. Die gesetzliche Rentenversicherung, bisher lebensstandardsichernd gedacht, wird nur noch als „Basis“ betrachtet. Wer hindert eine spätere Bundesregierung daran, das gesetzliche Rentenniveau weiter zu senken und dafür den Privatvorsorgebeitrag zu erhöhen?

Zu dieser Weichenstellung gehört auch, dass ein Teil des Rentenniveaus, welches bisher paritätisch finanziert wurde, durch die Privatisierung aus der Parität herausgenommen wird. Beitragssatzstabilität gilt einseitig nur für die Arbeitgeber, die aus einem Teil der Verantwortung für die Alterssicherung entlassen werden – aber überhaupt nicht für die Arbeitnehmer, die bei der privaten Vorsorge jetzt den wegfallenden Arbeitgeberanteil mitfinanzieren müssen, um das bisherige Rentenniveau zu halten.

Die rotgrüne Regierung weiß, dass kein Beitragszahler ohne besondere Anreize dieses Spiel mitmachen würde. Deshalb wird eine in der Tat eher großzügig bemessene staatliche Förderung aufgelegt. Alles in allem sollen in der Endstufe (4% Privatvorsorgebeitrag ab 2008) nach heutigen Preisen 20,35 Mrd. DM an staatlicher Förderung (davon 19,815 Mrd. DM für die reine private Vorsorge) ausgelobt werden, die sich auf Bund, Länder und Gemeinden als Steuermindereinnahmen verteilen sollen.

Bund: -9,09 Mrd. DM, Länder: -8,32 Mrd. DM, Gemeinden: -2,94 Mrd. DM.

20 Mrd. DM für die staatliche Förderung privater Geldanlagen – der Betrag entspricht etwa 1,3 Beitragssatzpunkten der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesamte Riestersche Rentenreform soll die Beitragssätze im Jahr 2030 mit 21,8% um 1,8%punkte niedriger halten als die 23,6%, die ohne diese Reform erreicht würden. Es fragt sich: Warum wird wegen 0,5 Prozentpunkten der ganze Aufwand betrieben? Es macht nur Sinn, wenn es vor allem um den Systembruch, um das Prinzip der Weichenstellung geht, um die Möglichkeit weiterer Schritte in diese Richtung.

Diese Weichenstellung kennt zwei wirkliche Gewinner: die Arbeitgeber und die Versicherungs- und Bankwirtschaft, für die ein gigantisches Subventionsprogramm aufgelegt wird. Weder entsteht für die Rentner größere Rentensicherheit noch für die Beitragszahler größere Beitragssatzstabilität, im Gegenteil.

Horst Kahrs

Die heimlichen, unheimlichen Richter

Jede Jahr überschwemmen Bundesbürger die Sozialgerichte mit Klagen. Überwiegend geht es um Geldansprüche aus der Sozialversicherung. Im Vordergrund stehen abgelehnte Rentenbescheide bei der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente sowie beim Pflegegeld.

Da es sich hierbei zum größten Teil um medizinische Fragen handelt, stehen Gutachter hilfreich zur Stelle. Schätzungsweise 150 Sachverständige teilen sich in unserem Lande diesen lukrativen Markt. Studien haben ergeben, dass Sozialrichter in 95 Prozent der Fälle der Sachverständigenmeinung folgen. Die begutachtenden Ärzte werden zu „Richtern im weißen Gewand“ erhoben. Den Kritikern der Sachverständigen geht das zu weit. Ihre Qualifikation sei mangelhaft. Ärzte werden im Bereich Gutachter Tätigkeit nicht ausgebildet. die Begriffsbestimmung des Sachverständigen im Sozialrecht gibt es nicht – jeder approbierte Arzt wird automatisch zum Gutachter, sobald ihn ein Sozialrichter oder der Sozialversicherungsträger dazu macht.

Durch die Einholung der Gutachten werden die Verfahren verzögert, weil die beauftragten Ärzte die Akten monatelang liegen lassen. Da das ersehnte Gutachten fehlt, bekommt der Begutachtete in der Regel kein Geld vom Versicherungsträger. Der soziale Abstieg ist programmiert. Langwierige Prozesse treiben Versicherte geradezu in die Sozialhilfe. Mit der Unabhängigkeit der Gutachter ist es nicht weit her. Nur, wenn Gutachten im Sinne der Versicherungsträger ausfallen, erhält dieser sogenannte Fachmann von dort Folgeaufträge. Nach dem Motto „im Zweifel gegen den Versicherten“ lässt sich gut leben, zumal für Gutachten heutzutage 1.200 bis 2.500 DM bezahlt werden.

Die meisten Gutachten im Sozialbereich strotzen nur so vor Fehlschlüssen, Falschaussagen und unqualifizierten Äußerungen der begutachtenden Ärzte. „Wenn man weiß, dass mit diesem Murks Existenzen vernichtet werden, stehen einem die Haare zu Berge“, so Sozialrechtsexperten

Das ausufernde Gutachterwesen bedarf dringend einer gesetzlichen Regelung. Wolfgang Hensel



Hennig Köster

„Die Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Vertrauen in die Zukunftsfestigkeit der Rentenversicherung geschaffen wird. Zudem leistet ein stabiler Beitragssatz einen wesentlichen Beitrag zur Begrenzung der Lohnnebenkosten und damit zur Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierdurch wird eine wichtige Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland geschaffen. Für die Sicherung des Lebensstandards im Alter ist daher der eigen-

Wer nicht will, muss lediglich die Konsequenzen in Kauf nehmen: eine niedrigere gesetzliche Rente, die durch die Senkung des Rentenniveaus vielfach nahe an die Sozialhilfeschwelle rücken wird. Und er muss in Kauf nehmen, dass bei den jährlichen Rentenerhöhungen der Privatvorsorge-Beitrag wie ein gesetzlicher, also erzwungener Lohnabzug rentenniveaumindernd berücksichtigt wird.

Das „Herzstück“ der rotgrünen Rentenreform ist eine gesellschaftspolitische Weichenstellung mit weitreichender Bedeutung: Gesetzliche Leistungen werden gekürzt bzw. der

Palästina
Neue Intifada
 Öffentliche PDS-Versammlung zum Hintergrund des Palästina-Konfliktes
 Referent: **Harry Grünberg**
 außenpol. Mitarbeiter der PDS-Fraktion
Di., 12.12., 20.00, PDS-Büro

Das Letzte Keine Einsicht

Akteneinsichtsausschüsse, die sich mit Vorgängen in der Zeit bis 1997 befassen, sind für die SPD ein zweischneidiges Schwert. Bis dahin saß sie nämlich mit der CDU gemeinsam im Boot des Marburger Modells. So nimmt es nicht Wunder, dass die PDS/Marburger Linke den Ausschuss zur Softwarecenter-Affäre gegen den Willen der SPD und der anderen Fraktionen durchsetzen musste.

Die SPD war deshalb eifrig bemüht, die Ergebnisse des SCM-Ausschusses einseitig gegen OB-Möller auszuschlachten. Wo im Bericht Vorwürfe gegen den Magistrat erhoben werden, wies SPD-Fraktionschef Schüren allein dem Oberbürgermeister die Verantwortung zu.

Möller zeigte sich ebenso uneinsichtig wie der 1997 von der SPD geschasste Baudezernent Jürgen Gotthold. Indem dieser sich mit dem OB solidarisierte, machte er deutlich, dass damals alle an einem Strang zogen und er der Hauptverantwortliche war: „Solange ich mit SCM betraut war, ist alles korrekt abgewickelt worden.“

Das Ganze lief derart korrekt ab, dass der Spaß am Ende die Stadt drei bis sechs Millionen DM kosten wird. Dieser eigentliche Skandal, für den offensichtlich niemand zur Rechenschaft gezogen werden soll, geriet durch die Anti-Möller-Kampagne der SPD völlig in den Hintergrund.

Im Jahr 1994 hatte eine Wirtschaftlichkeitsrechnung dem Projekt gute Zukunftsaussichten bescheinigt. Problem war nur, dass sie falsch war. Sie stammte vom TEDAS-Chef Bartels, derselbe, der später bei der SCM Besitz- und Verwaltungsgesellschaft 1,5 Mio. DM für seine Firma ausborgte. Angeblich hatte niemand bemerkt, dass Einnahmen für unvermietbare Räume wie Kellertreppen und Toiletten das geplante Geschäftsergebnis schönerten.

Der Ausschuss konnte nicht feststellen, ob und bei welchem Beteiligten Absicht oder Schlaperei Grund für diese gravierende Fehlkalkulation waren. Befragung von ZeugInnen ist nicht erlaubt. Der Ausschuss musste sich mit den vorhandenen Akten begnügen.

Hier liegt aber der Hase im Pfeffer. Der Ausschuss vermutete nämlich, dass nicht alle Akten vollständig waren. „Das gilt insbesondere für das Dezernat von Stadtrat Dr. Gotthold.“ Warum diese Akten fehlen, und somit keine Einsicht genommen werden konnte, interessiert die Großparteien aus gutem Grunde nicht. Charly Gaul

Rein in den Kreistag

PDS tritt im März mit 38 KandidatInnen an

Wissen Sie eigentlich, was Dialektik ist? Hierfür ein Beispiel: Selbstbedienung der bürgerlichen Parteien kann dazu führen, dass auch für die Linken etwas abfällt. In Hessen wurde für die Kommunalwahlen die Fünfprozent-Klausel abgeschafft, um der FDP auf die Beine zu helfen. Im Ergebnis aber wird die PDS jetzt auch in den Kreistag Marburg-Biedenkopf kommen. Am 18. März 2001 kann sie mit mindestens drei Kreistagsmandaten rechnen.

So war denn die Stimmung ziemlich ausgelassen, als am 7. November der Wahlvorschlag verabschiedet worden ist. Leider ist der Spitzenkandidat – der Schreiber dieser bescheidenen Zeilen – schon ziemlich alt. Aber auf Platz zwei folgt die Zukunft: Anna Hofmann (18) aus Wetter, aktiv in der Schülerversammlung. Der Dritte, Uli Rupp, kennt sich in so ziemlich allen gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Initiativen der Region aus, die Vierte, Marianne Kolter, war lange Elternvertreterin und passt auch ein bisschen auf ihre Tochter Astrid auf, welche auf der Marburger Stadtverordnetenliste kandidiert. Mit großer Freude begrüßen wir auf Platz fünf Karl-Heinz Hanser, unter dem Namen „Kalle Becker“ viele Jahre lang als Kulturmanager des KFZ und des ASTa bekannt. Anfang dieses Jahres ist er bei

den „Grünen“ ausgetreten, nachdem er sich morgens mehrmals beim Rasieren geschnitten hatte.

Auch auf den weiteren Positionen



Bald geht's im Kreistag rund (von links): Prof. Georg Fülberth, Uli Rupp, Karl-Heinz Hanser („Kalle Becker“), Marianne Kolter und Anna Hofmann

präsentiert die Liste mit ihren insgesamt 38 Kandidatinnen und Kandidaten eine starke Truppe.

Noch stärker aber ist das Wahlprogramm, das auf derselben Versammlung verabschiedet wurde. Es ist nicht der übliche Forderungskatalog, sondern eine Art Heimatkunde unseres geliebten Landkreises, in dem aus der Beschreibung der Stärken

sein. Insbesondere mit starker Nachfrage der Schulen ist zu rechnen – für den Heimatkunde-Unterricht.

Schauen Sie deshalb lieber rasch in der PDS-Geschäftsstelle (Marburg, Weidenhäuserstraße 78-80) vorbei und holen Sie sich Ihr persönliches Exemplar ab. Nico Biver, Platz 36, wird es Ihnen überreichen.

Georg Fülberth

Alle Tage wieder...



... ein nicht alltägliches
Weihnachtsgeschenk:

4 Wochen ND für nur 17 DM

Neues Deutschland

Neues Deutschland, Abo-Service, Alt Stralau 1-2, 10245 Berlin, Fax (030) 293 90-630

Kostenlose Abo-Hotline: 0800/ 99 44 100